

Wie ist es in Italien um den politischen Willen bestellt, dem Lissabon-Vertrag Leben zu geben, der Europa mit Instrumenten ausstattet, um die Herausforderungen der Zukunft besser bewältigen zu können? Reicht die bindende Kraft des Euros aus, erst der internationalen Finanzkrise und dann den Problemen Griechenlands standzuhalten? Kann Europa unter dem Druck der Globalisierung rechtzeitig zu der außenpolitisch notwendigen einen Stimme finden und eine Koordinierung der Wirtschafts- und Energiepolitiken erreichen?

## Bedeutung der bilateralen Beziehungen

In Deutschland und Italien ist das europäische Ideal tief verwurzelt, was dem christdemokratischen Vermächtnis Konrad Adenauers und Alcide De Gasperi für ein geeintes Europa bis heute Kraft verleiht. Trotz der bekannten erheblichen Unterschiede in der täglichen Politikgestaltung in beiden Ländern sind in beiden Gesellschaften eine besonders eng verwobene gemeinsame Geschichte und die geteilten christlichen Werte präsent, aus denen Verantwortung für Europa erwächst. Die Wirtschaftsbeziehungen gehören zu den engsten Europas.

Deutschland pflegt seine bilateralen Beziehungen zu allen europäischen Nachbarländern, wobei ein stabiles gegenseitiges Vertrauen durch wirtschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit die Grundlage für eine gemeinsame Politik in Europa bildet. Dankbar, dass die internatio-

nale Staatengemeinschaft der eigenen Wiedervereinigung zugestimmt hat, hat es sich Deutschland zur Aufgabe gemacht, nach dem Fall des Eisernen Vorhangs auch eine Vereinigung des westlichen und östlichen Europas zu erreichen. Dieses große zukunftsweisende Werk kann es nicht allein – auch nicht als alleiniger Motor – vollbringen. Es braucht Partner; Partner, von denen abermals der Funke des Willens zu einem stärkeren Europa auf weitere europäische Nachbarn überspringt.

Kann das Gründungsmitglied Italien ein Partner sein, von dem neue Impulse für ein stärkeres Zusammenwachsen Europas ausgehen? Auch wenn von Italien kurzfristig keine wesentliche europapolitische Initiative zu erwarten ist, birgt das Land aber ein Potenzial, das indirekt der Realisierung des Lissabon-Vertrages wesentliche Impulse geben kann.

Mit Italiens Bild in der führenden europäischen Presse steht es eher schlecht als recht, und das nicht erst seit Kurzem. Unmissverständlich fasst der *Economist* (5. Dezember 2009) auf der Titelseite zusammen, was seit Längerem der Tenor in der Presse ist: „Silvio Berlusconi, your time is up.“ Jörg Bremer analysiert in seinem Leitartikel „Berlusconi entzaubert“ in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* (14. Oktober 2009) scharfsinnig: „Das System Berlusconi zeigt Brüche. Wenn er fällt, dann durch sich selbst und nicht durch die Opposition; nicht morgen, aber vor Ende der Wahlperiode 2013.“ Seitdem er 1994 zum ersten Mal Regierungschef ge-

worden ist, wird Berlusconi viel Skepsis entgegengebracht. Von Anfang an haftet ihm der Makel an, dass er mithilfe seines Medienimperiums an die Macht gekommen ist und damit eine Gefahr für die Regeln einer parlamentarischen Demokratie darstellt.

Natürlich ist Italien nicht nur Berlusconi, der populistische Leader des „Volks der Freiheit“ (*Popolo della Libertà*, PdL), das seit März 2009 ein Parteienbündnis der *Forza Italia* und der postfaschistischen *Alleanza Nazionale* ist. Unter Gianfranco Fini, Präsident der Abgeordnetenkammer, hat sich *Alleanza Nazionale* von faschistischen Nostalgien getrennt und sich zu einer rechtsdemokratischen Partei entwickelt, die in vieler Hinsicht an den französischen Gaullismus erinnert. Bei den Wahlen im April 2008 hatte das Wahlbündnis für die Abgeordnetenkammer 46,8 Prozent erreicht, ein Ergebnis, das 2009 bei den Europawahlen im Juni (45,5 Prozent) und den gleichzeitigen Regionalwahlen knapp wieder erreicht worden ist. Zusammen mit der Lega Nord unter Umberto Bossi verfügt er über eine stabile Mitte-rechts-Regierungsmehrheit.

Pier Ferdinando Casini wirbt auf zahlreichen nationalen Versammlungen dafür, dass Italien wieder eine starke Partei der Mitte brauche. Seine christdemokratische Partei *Unione di Centro* (UdC), die an die Tradition des demokratischen und liberalen Katholizismus anknüpft und sich ausdrücklich den Leitbildern Alcide De Gasperis und Helmut Kohls verpflichtet fühlt, hat bei den letzten Parlamentswahlen 2008 nur 5,6 Prozent in der Abgeordnetenkammer (5,7 Prozent im Senat) erreicht. Bei den Europawahlen 2009 ist sie auf 6,5 Prozent gekommen, ein leicht verbessertes Ergebnis, das sie nach jüngsten Umfragen zu halten scheint.

Die Zukunft der oppositionellen Linkspartei, der „Demokratischen Partei“ (*Partito Democratico*, PD), ist wegen andauernder innerer Machtkämpfe sehr un-

klar. Zwar hat sich Pier Luigi Bersani an der Spitze der Partei durchgesetzt; ob seine Politik, auch wenn sie auf der Linie von Massimo D'Alema (Ministerpräsident 1998 bis 2000) liegt, das Spektrum linker Gruppierungen zusammenhalten kann und den Reformprozess der ehemaligen kommunistischen Partei zu einer modernen linken Partei vorantreiben will und kann, ist umstritten.

Die Regionalwahlen im März 2010 hat Berlusconi trotz erheblicher Spannungen innerhalb der eigenen Koalition für sich entscheiden können. Die christdemokratische UdC Casinis hat auf regionaler Ebene keine nennenswerten Verbesserungen der eigenen Position zu verzeichnen.

Die knappe Skizzierung der italienischen Parteienlandschaft bestätigt das, was den Dialog mit Italien seit den Neunzigerjahren erschwert. Das Ende des Ost-West-Konflikts führt in Italien zum Zusammenbruch des bisherigen Parteiensystems. Einerseits führen die demokratisierenden Entwicklungen im Ostblock in der zweiten Hälfte der Achtzigerjahre zu einer Identitätskrise der italienischen Linken. Die seit 1948 regierende christdemokratische Partei *Democrazia Cristiana* (DC), zunehmend geschwächt durch Korruptionsskandale, gerät Anfang der 1990er-Jahre derart in den Sog der politischen Delegitimierung, dass sie sich 1992 als Partei auflöst.

## Zukunft der christdemokratischen Tradition

Italien befindet sich immer noch inmitten eines politischen Neufindungsprozesses, in dem noch nicht einmal entschieden ist, ob sich das gegenwärtige, gerade erlungene bipolare Spektrum langfristig durchsetzen wird.

Welche Gruppierung das politische Erbe der DC antreten wird und ob überhaupt eine Wiederbelebung einer moderaten christdemokratischen Partei der

Mitte von der Gesellschaft gewünscht wird, ist offen. Ehemalige Mitglieder der DC haben in den vergangenen Jahren in allen Parteien Platz gefunden, von der *Forza Italia* (Berlusconi), der *Lega Nord* (Umberto Bossi), der *Alleanza Nazionale* (Gianfranco Fini), der *Unione di Centro* (Pier Ferdinando Casini/Rocco Buttiglione) bis zur linken Demokratischen Partei, der sich die Linkskatholiken (Romano Prodi, Ministerpräsident des linken Parteienbündnisses 1996 bis 1998 und 2006 bis 2008, Präsident der Europäischen Kommission von 1999 bis 2004) zugeordnet haben.

Führende Exponenten der UdC wie Pier Ferdinando Casini und Rocco Buttiglione sind sich des Dilemmas ihrer politischen Situation bewusst: Für sie ist offensichtlich, dass ihre moderate Partei der Mitte katholisch-liberaler Prägung an die Tradition der DC anknüpft. In der Gesellschaft steht dieses Kürzel der Partei, die Italien von 1948 bis 1992 ununterbrochen regiert hat, zurzeit aber gleichlautend für einen veralteten Katholizismus, für eine vom Vatikan stark beeinflusste oder bevormundete Politik in einer nun als überholt angesehenen Klassengesellschaft. Sogar aus der Italienischen Bischofskonferenz ist zu hören gewesen, dass jede neue Bewegung, die an die alte christlich-demokratische Partei DC erinnere, in der gegenwärtigen Gesellschaft scheitern werde.

Um dem Dilemma zu entgehen, das heißt, um den Weg für eine Wiederbelebung einer moderaten christlichen Partei der Mitte frei zu machen, unterstreicht Casini, dass die UdC eine „laizistische Partei (*partito laico*) christlicher Inspiration“ sei. Insbesondere in seiner Kritik an Gianfranco Fini, der in Ethikfragen eine zu laizistische Position vertrete, zeigt sich, dass in der gegenwärtigen Auseinandersetzung um die Standortbestimmung der Parteien und um die Zuordnung des Begriffs „laizistisch“ gerungen

wird. Das italienische „laico“ im Deutschen als „laizistisch“ wiederzugeben ist insofern zutreffend, als es um die Forderung nach einer klaren Trennung von Staat und Kirche geht. Dieses Bestreben hat jedoch nichts mit einer radikalen Ablehnung der katholischen Kirche zu tun; deshalb wäre es im Deutschen angemessener, von einer „Laisierung“ der Politik zu sprechen – wofür aber das Adjektiv fehlt –, weil es zum Ausdruck bringt, dass in gleichem Atemzug an die katholische Tradition angeknüpft wird, genau um die eigene politische Position aber selbstständig zu formulieren.

Andrea Riccardi, Gründer der „Gemeinschaft Sant’Egidio“ und Träger des Karlspreises 2009, hat jüngst darauf hingewiesen, dass Laizität „auch im positiven Sinne Realisierung der Identität des Staates“ bedeutet.

Es handelt sich also in dieser komplexen Diskussion, in der nicht vergessen werden darf, dass Italien sich gegen den Willen der Kirche geeint hat, um einen politischen Emanzipationsprozess aus einer als Bevormundung empfundenen Beeinflussung der katholischen Kirche, das heißt insbesondere des Vatikans.

Casini, Buttiglione und weitere führende Politiker der UdC appellieren an die in der Gesellschaft fest verankerte Tradition einer moderaten, liberalen, christlich bestimmten Politik, durch die überhaupt erst wieder eine konstruktive politische Diskussion in der Öffentlichkeit möglich werde. Denn die Ereignisse, die zum Ende der sogenannten „ersten Republik“ (1992) geführt hätten, hätten Politik in Italien insgesamt auf etwas Kriminelles reduziert, so Michele Vietti, Fraktionsführer der UdC im Abgeordnetenparlament. Dies habe indirekt zum Erfolg Berlusconi geführt, der als Anti-Politiker auftrete. Die UdC wolle als Partei mit einer lebhaften innerparteilichen Demokratie zurück zu einer Politik der gesellschaftlichen Verantwortung führen

und den fruchtbaren Pluralismus der Parteien wiederbeleben, um dem Verfall der politischen Kultur durch den Populismus Berlusconi's Einhalt zu gebieten.

Vom Zustand der Gesellschaft wird es abhängen, ob es einem Politiker wie Gianfranco Fini gelingt, sich nach einem Abtreten Berlusconi's an die Spitze des Parteienbündnisses des *Volks der Freiheit* (*Popolo della Libertà*, PdL) zu stellen, oder ob nach einem durchaus möglichen Auseinanderbrechen der PdL wieder eine neue Parteienlandschaft entstehen wird, in der sich moderate, liberale und christdemokratische Gruppierungen in einer großen Partei der Mitte wiederfinden. Laut einer Umfrage Ende November 2009 (ISPO) würden sich jedoch die Wähler nicht für eine Partei Fini's ohne Berlusconi entscheiden: Lediglich 26,8 Prozent würden für ihn stimmen gegenüber 65 Prozent, die ihn nicht beachten würden.

### Wunsch nach Modernisierung

Wie wird sich die vor allem im Norden starke Lega Nord Umberto Bossi's, der starke Koalitionspartner, verhalten, falls die PdL auseinanderfällt? Ein guter Schlüssel, der den Blick hinter die Kulissen persönlicher Manöver des politischen Tagesgeschäfts in Italien erlaubt, das mal diese und mal jene Neugruppierung ankündigt, ist der Maßstab der Modernisierung. Nur die Partei oder Bewegung wird ihre politische Macht behalten oder zu neuer politischer Macht kommen, die der Gesellschaft ihren Willen zur Modernisierung nicht nur glaubhaft in einem Wahlkampf darstellen kann, sondern eine tatsächliche Modernisierung auch realisieren kann. Der „Maßstab der Modernisierung“, das Ideal, mit Europa Schritt zu halten, ist sozusagen der kleinste gemeinsame Nenner aller politischen Bewegungen, die seit dem Zusammenbruch der ersten Republik entstanden sind, im rechten wie im linken Spektrum.

Selbstverständlich ist der politische Neufindungsprozess in Italien Ausdruck eines langwierigen Modernisierungsprozesses der Gesellschaft. Der Weg Italiens zu einer modernen Gesellschaft ist kein geradliniger. Aber die politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung als ein unbeirrbares Verfolgen des Zieles zu interpretieren, mit den anderen nordeuropäischen Ländern Schritt zu halten – trotz aller inneren Schwierigkeiten –, ist ein Erklärungsansatz, in dem viele Phänomene des politischen Tagesgeschäfts in einem anderen Licht erscheinen.

Bekanntlich ist der Norden Italiens wirtschaftlich sehr viel weiter entwickelt als der im europäischen Durchschnitt weit zurückgebliebene Süden. Süddeutschland und Norditalien gehören zu den wirtschaftlich am stärksten vernetzten Regionen Europas. Auch 2009 war Deutschland unverändert Italiens wichtigster Handelspartner. Dieser wirtschaftliche und damit auch kulturelle Austausch macht den Entwicklungsstandard der nördlichen europäischen Nachbarn, insbesondere die Stärke der deutschen Wirtschaft, deutlich. Es ist leicht nachzuvollziehen, dass die norditalienische Bevölkerung alles daransetzt, diesen errungenen Lebensstandard zu halten. Die Angst, zurückfallen zu können, schürt den politischen Erfolg der Lega Nord, und das ganz unabhängig von den mitunter kuriosen Ideen Bossi's, die die sensationshungrige italienische Presse wiedergibt.

Der Wille, in Europa dazuzugehören, hat einen besonders hohen Stellenwert – vielleicht vor allem anderen – in der italienischen Innenpolitik. Da in den italienischen Medien das Thema Europa nur einen sehr geringen Raum einnimmt, mag das paradox klingen. Es erklärt aber zum Beispiel die sehr hohe Wahlbeteiligung bei den Europa-Wahlen: Sie lag auch 2009 bei circa 67 Prozent und damit

*Ein Beispiel der intensiven deutsch-italienischen Beziehungen auf kultureller Ebene:  
Die Villa Vigoni am Comer See.*

© Foto: Harald Odehnal (Konrad-Adenauer-Stiftung)



mehr als zwanzig Prozent über dem EU-Durchschnitt.

Die Ministerpräsidenten Lamberto Dini und Romano Prodi konnten ab Mitte der Neunzigerjahre nur deshalb ein rigoroses Sparprogramm durchsetzen mit einem breiten politischen und gesellschaftlichen Konsens, weil der notwendig gewordene Ausschluss Italiens von 1992 bis 1996 aus dem Europäischen Währungssystem als Vorstufe eines Ausschlusses aus Europa empfunden wurde.

Tatsächlich gelang es damals innerhalb relativ kurzer Zeit, das Haushaltsdefizit erheblich zu senken und damit den Maastrichtkriterien zu entsprechen, was Italien den Beitritt zur Euro-Zone ermöglichte. Es ist nicht von der Hand zu weisen, dass auch 2006 der Wahlsieg der Linken dadurch möglich wurde, dass die Regierung Prodi II wiederum für einen strikten Sparkurs eintrat, der Italien

das Verbleiben in der Euro-Zone sicherte, im Unterschied zur Politik Berlusconi, in der es damals Anzeichen gab, dass er nicht davor zurückschrecken würde, Italien von der europäischen Währungseinheit abzukoppeln.

In sicherheitspolitischer Hinsicht legt die Regierung Berlusconi großen Wert darauf, dass Italien als verlässlicher Partner in der EU und für die NATO gilt, indem sie immer wieder auf Italiens militärischen Beitrag in den internationalen Krisenherden hinweist und die Zahl der entsandten italienischen Soldaten auch noch erhöht, wie jüngst vor dem Hintergrund der Forderungen Obamas für Afghanistan angekündigt.

### **Sorge vor Marginalisierung**

Das große Werk Adenauers und De Gasperis, Deutschland und Italien eindeutig in die westlichen Bündnisse einzuglie-



dern und durch die Grundsteinlegung für die Europäischen Gemeinschaften den Rahmen für eine Zukunft in Frieden zu schaffen, ist die Grundlage der guten bilateralen Beziehungen, die sich in den Nachkriegsjahrzehnten entwickeln.

Die deutsche Wiedervereinigung ist in Italien – trotz der Skepsis gegenüber einer deutschen Dominanz im Vorfeld – positiv aufgenommen worden. Vor allem Helmut Kohl wird das Verdienst der Kontinuität der deutschen Außenpolitik zugeschrieben, die nach der Wiedervereinigung alle Befürchtungen vor deutschem Großmachtstreben beseitigt hat.

Pragmatisch wird davon ausgegangen, dass das wiedervereinigte Deutschland in Europa eine führende Rolle einnimmt aufgrund seiner wirtschaftlichen und demografischen Stärke und der geopolitischen Zentralität.

Ein sensibler Punkt im bilateralen Verhältnis bleibt die Sorge Italiens vor einer Marginalisierung im europäischen Kontext. Die Diskussionen in den Neunzigerjahren über ein mögliches Kerneuropa ohne Italien schlugen hohe Wellen. Das heikle Thema einer Reform des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen ist durch den Einsatz der Bundeskanzlerin Angela Merkel beiseitegelegt worden, was wieder Raum für deutsch-italienische Initiativen geschaffen hat.

## Deutschlands Engagement in Italien – für Europa

Maßgeblich für die Impulse für Europa, die beide Länder gemeinsam geben können, sind die intensiven kulturellen und wirtschaftlichen Beziehungen. Deutschland unterhält in Italien eine außerordentlich große Anzahl von kulturellen Institutionen: fünf wissenschaftliche Institute, sieben Goethe-Institute, drei Deutsche Schulen und das Museum „Casa di Goethe“ in Rom. Das deutsch-italienische Begegnungszentrum Villa

Vigoni am Comer See, das Konferenzzentrum der Konrad-Adenauer-Stiftung in Cadenabbia und das Auslandsbüro der Konrad-Adenauer-Stiftung in Rom leisten wesentliche Arbeit zum Dialog. Zur Aufarbeitung der Schatten im gemeinsamen Gedächtnis aus den Jahren 1943 bis 1945 ist 2008 eine Historikerkommission eingesetzt worden; auf demselben bilateralen Gipfel ist die Förderung des deutsch-italienischen Jugendaustauschs beschlossen worden. Vor allem durch die PASCH-Initiative wird der Ausbau des Deutschunterrichts gefördert. Ein wichtiger Beitrag zur Kompensation der Erinnerung an die Gräueltaten im Zweiten Weltkrieg ist die deutsche Hilfe für die Erdbebenopfer in Onna bei L’Aquila.

Die deutsche auswärtige Kulturpolitik bildet die nachhaltige Grundlage für ein zusammenwachsendes Europa. Die engen wirtschaftlichen Beziehungen mit Italien wirken heute als treibende Kraft für die Stärkung der Integration. Sie können durch eine größere Koordinierung auf dem Gebiet der Energiewirtschaft wesentliche Punkte des Lissabon-Vertrags realisieren. Das Wirtschaftsmodell der Sozialen Marktwirtschaft ist in Italien Vertretern aller politischen Richtungen Orientierungspunkt im Hinblick auf dringend notwendige politische und wirtschaftliche Reformen.

Der Wunsch nach mehr Europa ist in Italiens Gesellschaft groß. Die Sorge der Bürger vor einem Ausschluss des Landes aus Europa stellt ein politisches Potenzial dar, das – europainnenpolitisch betrachtet – genutzt werden muss, um das Land in die Verantwortung für die Währungsunion zu nehmen.

„Einmischen wird zur Pflicht in Europa“, so hat Jean-Claude Juncker im März 2010 in Frankfurt am Main die Neuerungen des Lissabon-Vertrags vor dem Hintergrund des Problems Griechenland pointiert.